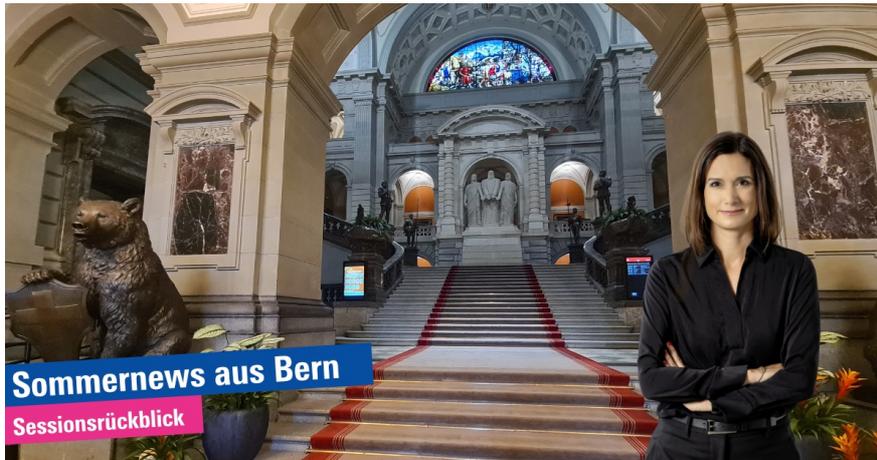


Newsletter Nr. 2 - 2023



Sommersession 2023

Diese Sommersession war intensiv. Wir haben eine PUK für die Aufarbeitung der Vorkommnisse rund um die Notfusion der Credit Suisse und der UBS installiert. Zu den beiden Themengebieten 'Migration' und 'Gleichstellung' fanden zwei ausserordentliche Sessions statt. Wir feierten mit einem schönen Festakt das 100-Jahr-Jubiläum des Zollvertrages zwischen der Schweiz und Liechtenstein im Ratsaal. Die Fraktionen waren auf ihren jährlichen Ausflügen und alles endete am zweitletzten Tag mit der Zuschaltung des ukrainischen Präsidenten Selenski im Nationalratsaal. Daneben fand der ordentliche Ratsbetrieb statt. Unser Nationalratspräsident Martin Candinas leitet den Rat effizient und sehr gut. Bereits sind $\frac{3}{4}$ seiner Amtszeit vorbei. Das bedeutet, dass der 1. Vizepräsident Eric Nussbaumer und ich als 2. Vizepräsidentin auch immer mal wieder 'üben' dürfen und müssen, wie sich die Ratsleitung anfühlt. 'Auf dem Bock' sein bedeutet nämlich nicht nur bloss Worterteilungen zu geben, sondern auch, den Rat im Überblick zu behalten, die Zeitbudgets für die Wortmeldungen zu kontrollieren, Kurzabsprachen mit den Weibern vorzunehmen und im entscheidenden Moment den SMS-Alarm für alle Kollegen auszulösen, welcher auf eine bevorstehende Abstimmung aufmerksam macht. Vor jeder Abstimmung werden wir nämlich per SMS in den Saal gerufen. Wenn man das Timing für das Auslösen dieses Alarms nicht gut im Griff hat, gibt es sehr schnell Rückmeldungen der Ratskollegen.

Diese Session habe ich auch dafür genutzt, einige Vorstösse einzureichen. Sie finden alle am Schluss dieses Newsletters verlinkt. Im Kontext meiner Funktion als Präsidentin des Zivilschutzverbandes Schweiz habe ich eine Studie ([Link](#)) in Auftrag gegeben, welche die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Bevölkerungsschutz aufzeigt. Daraus abgeleitet haben wir uns dann die Frage gestellt, welche dieser Erkenntnisse auf den Bevölkerungsschutz in der Schweiz einen Einfluss haben resp. ob sich der Zivilschutz in der Schweiz anpassen sollte. Ja, es gibt sicher Handlungsbedarf. Der Zivilschutz muss sich im Bereich Trümmerrettung verstärken, wir sollten in der Schweiz ein Konzept über den Kulturgüterschutz erarbeiten und Überlegungen und Übungen anstellen, wie wir grössere Bevölkerungsmassen schnell evakuieren könnten.

Als Kind und Jugendliche war ich aktives Pfadimitglied. Heute begleite ich als Stiftungsrätin die Schweizerische Pfadistiftung. Ein Interview mit mir ist im vergangenen Herbst dazu im Schweizerischen Bericht erschienen ([Link](#)). Die Pfadiabteilungen haben heute zunehmend Mühe, Leiterinnen zu finden, die für die Lager zur Verfügung stehen. Ein Grund

ist der bislang knapp bemessene, unbezahlte Jugendurlaub für ausgebildete, sich im Ehrenamt engagierende Jugendliche und Erwachsene bis 30 Jahre. Dieser maximal fünf Tage/Jahr dauernde Urlaub steht auch dem Trainer eines Sportvereins oder dem Blauring zur Verfügung. Wir fordern parteiübergreifend eine Verlängerung dieses Jugendurlaubs auf maximal 10 Tage/Jahr.

Wer gerne unseren Nationalrat erleben möchte, hat die Möglichkeit, am Montag, 25.9.2023 während der Herbstsession ab ca. 15.30 Uhr ins Bundeshaus zu kommen. Ich habe auf der Tribüne 50 Plätze reserviert. Mein persönlicher Mitarbeiter, Herr Benjamin Böhler nimmt ab sofort unter boehler@maja-riniker.ch Ihre Anmeldungen dafür entgegen. Er wird Sie dann auch über den Ablauf des Tages orientieren und Sie mit den notwendigen Informationen bedienen.

Nach der Sommerpause startet für mich die Wahlkampfphase im Aargau. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich mich für meine Partei und den Kanton Aargau eine weitere Legislatur im Nationalrat engagieren dürfte. Auf meiner Homepage unter ([Link](#)) finden Sie alle weiteren Informationen zu meinem Wahlkampf.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich eine schöne und warme Sommerzeit. Geniessen Sie einige Tage Auszeit und erholen Sie sich in unserer schönen Schweiz.

Alles Gueti und liebe Grüsse

Maja Riniker

Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK)

In meiner Funktion als Vizepräsidentin des Nationalrates war ich von Anfang an in die Diskussionen rund um die Einsetzung der PUK involviert. Diesen Prozess nah miterleben zu dürfen, bis eine solche Kommission feststeht, war interessant.

Die Räte haben mittels einer Parlamentarischen Initiative - die in beiden Räten angenommen wurde - entschieden, dass eine PUK eingesetzt werden soll. Den Stein ins Rollen brachte der Entscheid im Büro des Nationalrates vom 27.3.23, dass die Umstände dieser Notfusion untersucht werden sollten. Das Büro des Ständerates ist am 17.5.23 gefolgt. Bis zur Sommersession musste der Auftrag der Untersuchung feststehen. Ich war vom 20.-27.5.23 mit dem Büro Nationalrat auf einer Delegationsreise in Brasilien und habe dort mitbekommen, welche Arbeiten im Hintergrund dazu noch gelaufen sind. Der Wortlaut des Auftrages war daraufhin dem Bundesrat zu unterbreiten, bevor dann am 7.6.23 der Nationalrat und am 8.6.23 der Ständerat dem Auftrag zugestimmt haben. Im Nationalrat fiel der Entscheid einstimmig, im Ständerat gab es fünf Gegenstimmen.

Anschliessend hatten die Fraktionen bis am 13.6.23 Zeit, ihre Kandidaten für die PUK zu benennen. Auch dort wiederum war Fingerspitzengefühl bei den Fraktionsleitungen gefragt. Am Mittwoch, 14.6.23 haben dann die beiden Büros der jeweiligen Räte ihre sieben Personen offiziell gewählt und an der anschliessenden Koordinationskonferenz haben wir Mitglieder der Koordinationskonferenz aus den gewählten Mitgliedern dann die Präsidentin Isabelle Chassot sowie die Vizepräsidentin Franziska Ryser gewählt. Zwei Tage später, am Freitagmorgen des 16.6.23, hat sich die PUK um 07.00 bereits zu ihrer ersten Sitzung getroffen.

Für mich ist dies ein deutliches Zeichen, dass unsere Institutionen funktionieren. Keine drei Monate nach der Bekanntgabe der Notfusion

ist das Gremium gewählt, welches die Vorkommnisse untersuchen wird. Denn der politische Preis für dieses Debakel ist hoch. Die Verunsicherung, ob und wann das nächste ähnliche Szenario unser Land erschüttern könnte, ist vorhanden. Nun hoffen wir, in Zukunft Antworten auf folgende Fragen zu bekommen:

- Wurde das geltende Recht korrekt angewendet oder bestehen Lücken in der Gesetzgebung?
- Welche Verantwortung liegt beim Bundesrat, bei der Bundesverwaltung, welche bei der FINMA, der SNB oder bei anderen Trägern von Aufgaben des Bundes?
- Bestehen im Zusammenspiel all dieser Institutionen Mängel, die erklären, weshalb nicht früher und zielgerichteter gehandelt werden konnte?
- Bestehen Fehler in der heutigen Organisation der unterschiedlichen Akteure?
- Warum haben diese Akteure nicht stärker und früher reagiert, besonders seit Herbst 2022?

Renteninitiative

Nun steht es fest: Die Renteninitiative kommt ohne Gegenvorschlag vors Volk und beide Kammern empfehlen die Ablehnung des Volksbegehrens. Wir haben uns im Rat sehr für die Initiative eingesetzt, die eine moderate Anpassung des Referenzalters (66 Jahre) und dessen Koppelung an die Lebenserwartung fordert. Wir haben auch Hand geboten für einen Gegenvorschlag. Eine Woche lang sah es danach aus, als würde eine Mehrheit des Nationalrats den dringenden Handlungsbedarf anerkennen.

Trotz der Verweigerungshaltung von Mitte-Links konnten wir eine Rückweisung an die Kommission erwirken. Eine knappe Mehrheit (93:92, bei einer Enthaltung) bestehend aus FDP, SVP und GLP setzte sich durch und beauftragte die Kommission mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags. Die Idee des Konzepts, das «Schuldenbremse für die AHV» getauft wurde: Falls die kumulierten Ausgaben der AHV die kumulierten Einnahmen während fünf Jahren übersteigen und die Politik keine Massnahmen beschliessen kann, wird das Rentenalter um einen Monat pro Kalenderjahr erhöht. Das Ziel: Verhindern, dass die AHV bis 2050 Schulden in Höhe von mehr als 100 Mrd. Franken anhäufen werde.

Die vorberatende SGK-N traf sich wenige Tage nach dem Beschluss des Nationalrats, um den gefassten Auftrag umzusetzen. Offenbar hatten GLP und SVP inzwischen kalte Füsse bekommen. Nach rund einer Stunde gelangte eine Mehrheit der Kommission zur Überzeugung, dass man sich nicht auf einen Gegenvorschlag einigen könne, was angesichts des klaren Auftrages einer regelrechten Arbeitsverweigerung gleichkam.

Wir übernehmen auch in einem Wahljahr Verantwortung, sprechen unangenehme Wahrheiten aus und setzen uns für nachhaltig finanzierte Sozialwerke ein – das haben die künftigen Generationen verdient. Deshalb unterstütze ich die Renteninitiative der Jungfreisinnigen.

Sicherheitsthemen - KFOR und 25 Leopard Panzer

In dieser Session haben wir diverse Sicherheitsthemen besprochen. Wir haben der achten Verlängerung des Einsatzes der Swisscoy in der multinationalen KFOR im Kosovo zugestimmt. Diese trägt weiterhin zur Stabilität im Westbalkan bei und sorgt für Sicherheit. Die KFOR erfüllt den Auftrag des UNO-Sicherheitsrates. Ich war selber im vergangenen Herbst Teil einer Delegation rund um Bundesrätin Viola Amherd, die

sich vor Ort ein Bild der Lage machen konnte. Im Rat war dieses Engagement unserer Armee im Rahmen der Friedensförderung von rechter Seite umstritten. Gerade jetzt, wo die Lage sehr fragil ist, möchte man sich nicht ausdenken, welches Signal ein Fernbleiben der KFOR bedeuten würde. Das Geschäft wurde am Schluss – nach einer emotionalen Debatte – angenommen.

Auch in meinem Sinne verlaufen ist die Abstimmung über die 25 Leopard 2 Panzer, welche wir ausser Dienst stellen können. Der Nationalrat hat den Antrag der Kommission unterstützt. Die Vorgeschichte hier in allen Details wiederzugeben, würde den Rahmen sprengen. In den Medien war seit Ende Januar mein Name in diesem Kontext zur Genüge erwähnt. Was ich in diesem Thema alles erleben durfte und lesen konnte, wäre ein halbes Buch wert. Aber letztlich geht es mir nur um eine Sache: Seit 15 Monaten tobt ein schrecklicher Krieg in der Ukraine. Die Ukrainer wollen nur eines: Frieden. So hat es uns Präsident Selenski am Donnerstag im Saal gesagt. Die Ukrainer verteidigen Werte, wie wir sie auch haben: Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Nun müssen wir uns doch die Frage stellen, ob diese 25 Leopard Panzer nicht ausserhalb ihres Depots eine grössere Wirkung für die Sicherheit Europas entfalten? Unsere Schweizer Armee braucht diese für die Vollausrüstung nicht. Das wurde bestätigt. Nun muss diese Ausserdienststellung im Ständerat während der Herbstsession erst noch bestätigt werden. Ich hoffe, dass es klappen wird.

Raumplanungsgesetz - Umnutzung von landwirtschaftlichen Stallungen in Wohnraum

Nur in wenigen Themenbereichen kann man als Politikerin zur Expertin werden. Dennoch gibt es immer wieder Abstimmungen, bei denen es nicht zu technisch (oder abstrakt) zu und her geht, sondern es wirklich nah bei unserer Bevölkerung ist. Nah am Leben und umso umstrittener schien mir die Revision des Raumplanungsgesetzes: Die Frage war, ob bei bestehenden landwirtschaftlichen Gebäuden ausserhalb der Bauzone angebaute Gebäudeteile (Stall, Anbauten, Stöckli) in Wohnraum umgenutzt werden dürfen. Es war klar, dass diese Gebäudeteile optisch nicht verändert werden dürfen, d.h. die Grösse und Dimensionen hätten nicht verändert werden dürfen. Ich war der Meinung, dass dies erlaubt werden sollte. Die Häuser würden so gepflegt und würden nicht zerfallen. Eine knappe Ratsmehrheit sah es aber anders. Die Befürchtungen, dass dann zu viele Personen die Landwirtschaftszonen bewohnen würden, war zu gross.

Rückblick Apéro Fédéral vom 15.5.23 auf meiner Website

Am 15. Mai 2023 durfte ich Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter mit zahlreichen Gästen in Aarau an meinem Apéro Fédéral begrüssen. Der Anlass, bei welchem auch Regierungsrat Markus Dieth sowie Aarau Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker vor Ort waren, ist auf breiten Anklang gestossen. Einen Rückblick mit zahlreichen Bildern können sie unter diesem [Link](#) sehen. Zudem haben wir den Anlass in einem Rückblick-Video zusammengefasst: Hier finden Sie den [Link](#) dazu.

Jetzt meinem Unterstützungskomitee beitreten

Der Wahlkampf für die Wiederwahl wird nach den Sommerferien breit starten. Zusammen mit meinem sehr engagierten Wahlteam ist die Kampagne vorbereitet. Unter diesem [Link](#) können Sie schon heute meinem Unterstützungskomitee beitreten und sich über die verschiedenen Möglichkeiten der Unterstützung informieren. Insbesondere für die Möglichkeit, Plakate auf privaten Grundstücken entlang von gut frequentierten Strassen aufzustellen, bin ich sehr

dankbar.

Für die finanzielle Unterstützung des Wahlkampfes finden Sie auf meiner [Unterstützungsseite](#) einen Einzahlungsschein sowie den Twint-QR-Code.

Vorstösse und Voten aus der Session:

Voten im Rat

- 07.06.2023: [Einsetzung einer PUK zur Untersuchung der Verantwortlichkeiten der Behörden und Organe rund um die Notfusion der Credit Suisse mit der UBS](#)
- 14.6.2023: [Armeebotschaft](#)
- 15.6.2023: [Alimentierungsbericht Teil 1 und 2](#)
- 15.6.2023: [Verlängerung des KFOR-Einsatzes](#)

Vorstösse

- 30.05.2023, Fragestunde: [Weitere Verwendung Abwehrraketen \(Typ Rapier\)](#)
- 30.05.2023, Fragestunde: [Ausserdienststellung Waffensysteme - Rückkaufoptionen zur indirekten Unterstützung der Ukraine](#)
- 13.6.2023: Interpellation, [Rolle der Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz](#)
- 13.6.2023: Interpellation, [Skalierung von bestehenden Plattformen für den Bevölkerungsschutz prüfen und die notwendigen Vorbereitungen treffen](#)

**Anmeldung:
Unterstützungskomitee Maja
Riniker**



Maja Riniker

Postfach, 5034 Suhr

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.
Sie erhielten diese E-Mail, da Sie Sich für meinen Newsletter angemeldet haben.

[Abmelden](#)